

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu
§ 1 Abs. 1 BBPlG ("Ultraset")
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier: Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das
Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt
Osterath - Rommerskirchen**

Register 25

Landwirtschaftliche Belange

Auftraggeber

**Amprion GmbH
Dortmund**

September 2023

Vorhabenträgerin:

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ansprechpartnerin:

Franziska Schnepfer
Netzprojekte
Gleichstrom-Netzprojekte Ultramet
Info-Hotline: 0800 – 5895 2473
E-Mail: ultranet@amprion.net

Gutachterbüro:

Institut für Landschaftsentwicklung
und Stadtplanung (ILS Essen GmbH)
Frankenstr. 332
45133 Essen

Bearbeitung:

Dipl.-Ökol. Gudrun Christiansen
M. Sc. Biodiv. u. Ökol. Antje Kieburg
Dipl.-Umweltwiss. Judith Schonnefeld
Dipl.-Ing. Joachim Weiland

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung.....	4
1.1	Ausganglage	4
1.2	Zielsetzung.....	4
1.3	Rechtliche Relevanz	4
2.	Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Landwirtschaftliche Belange.....	5
2.1	Kurzbeschreibung des Vorhabens	5
2.2	Einfluss des Vorhabens auf die Landwirtschaft	5
3.	Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.....	10

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Mastgevierte der Neubaumasten	6
Tabelle 2:	Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkungen.....	7
Tabelle 3:	Mastgevierte der Rückbaumasten	7

1 Einführung

1.1 Ausganglage

Der hier verfahrensgegenständliche Abschnitt „Osterath - Rommerskirchen“ führt über weite Strecken durch landwirtschaftlich geprägte Gebiete. Im Leitungsschutzstreifen liegen landwirtschaftlich genutzte Flächen, die durch das Vorhaben zum Teil dauerhaft oder temporär in Anspruch genommen werden. Durch den Rückbau bestehender Masten können Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung wieder zugeführt werden.

Die Umsetzung des Vorhabens im Abschnitt „Osterath – Rommerskirchen“ führt nicht zu notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG. Über das Vorhaben selbst hinausreichende Eingriffe durch notwendige Folgemaßnahmen sind daher nicht gegeben.

1.2 Zielsetzung

Ziel der folgenden Betrachtung ist es darzulegen, inwieweit landwirtschaftlich genutzte Flächen dauerhaft oder temporär durch das Vorhaben in Anspruch genommen werden.

Ferner wird dargelegt, welche Mindest-Bodenabstände im Leitungsschutzstreifen zwischen den Leiterseilen und landwirtschaftlich genutzten Flächen eingehalten werden, sodass die landwirtschaftliche Nutzung und der sichere Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Ebenso, welche Mindest-Bodenabstände im Leitungsschutzstreifen zwischen den Leiterseilen und Zuwegungen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen eingehalten werden, sodass die Nutzung der Zuwegungen durch landwirtschaftliche Maschinen ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Im Rahmen der Maststandortwahl ist zu prüfen, inwieweit die Masten in die Nähe von Wirtschaftswegen verlegt werden können, um mittels kürzerer Zufahrten die Nutzungseinschränkungen bei der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zu minimieren. Auch ist darzustellen, inwieweit bestehende Masten zurückgebaut und die zuvor in Anspruch genommenen Flächen einer landwirtschaftlichen Nutzung verfügbar gemacht werden.

1.3 Rechtliche Relevanz

Landwirtschaftliche Belange im Allgemeinen sind im Rahmen der Abwägungsentscheidung zu berücksichtigen. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Flächeninanspruchnahme in den Blick zu nehmen sein. Daneben können konkrete landwirtschaftliche Betriebe und deren rechtlich geschützte Interessen als Abwägungsbelange zu berücksichtigen sein, wenn insoweit konkrete Beeinträchtigungen geltend gemacht werden.

2. Analyse des Vorhabens im Hinblick auf Landwirtschaftliche Belange

2.1 Kurzbeschreibung des Vorhabens

Der verfahrensgegenständliche Abschnitt hat eine Länge von ca. 29,5 km und verläuft in Nord-Süd-Richtung beginnend an der Umspannanlage (UA) Osterath westlich der Stadt Meerbusch bis zur UA Rommerskirchen südlich der Gemeinde Rommerskirchen. Die Trasse verläuft dabei durch die Landkreise Rhein-Kreis Neuss und Rhein-Erft-Kreis (NRW).

Innerhalb dieses Abschnitts ist geplant, zwischen der UA Osterath und der UA Rommerskirchen (Länge ca. 28,8 km) die bestehenden Höchstspannungsfreileitungen:

- 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Osterath (Bl. 4588),
- 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen – Osterath (Bl. 4570),
- 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath – Gohrpunkt (Bl. 4206),
- und 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Rommerskirchen (Bl. 4207),

für die Umnutzung eines bestehenden Drehstromkreises zukünftig als ± 380 -kV Gleichstromkreis zu ändern und die dafür notwendigen technischen Anpassungen vorzunehmen (vgl. Register 1, Kap. 4.2.).

Zur Integration der geplanten Gleichstromverbindung in das bestehende 380-kV-Höchstspannungsnetz (Drehstrom) ist eine Konverterstation am Anfang und Ende des Gesamtvorhabens „Osterath – Philippsburg; Gleichstrom“ erforderlich. Für die Anbindung des Konverters an den Netzverknüpfungspunkt (NVP) ist der Neubau einer 380-kV-Höchstspannungsfreileitung UA Osterath – Konverter Meerbusch (Bl. 4688), zwischen UA Osterath und Konverter (Länge ca. 0,7 km) geplant. Die Konverterstation Meerbusch selbst ist nicht Gegenstand des antragsgegenständlichen Vorhabens.

Eine detaillierte Beschreibung des Vorhabens ist im Erläuterungsbericht (Register 1) enthalten.

2.2 Einfluss des Vorhabens auf die Landwirtschaft

Bei dem Leitungsneubau der 380-kV-Höchstspannungsfreileitung UA Osterath – Konverter Meerbusch (Bl. 4688) kommt es an den Maststandorten 1 und 3 zu einer Neuinanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen (siehe Karte 5.2.1 Blatt 1 in Anhang A von Register 17). Demgegenüber befindet sich Maststandort 2 innerhalb einer mit Gebüsch bestanden Fläche. Lediglich ein Teil der erforderlichen Arbeitsfläche beansprucht vorübergehend landwirtschaftliche Fläche.

Des Weiteren kommt es im Teilabschnitt zwischen der UA Osterath und dem Pkt. Bauerbahn (Bl. 4588) zur Neuinanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen:

- Neubau von Mast 250A, welcher zur Anbindung (Neubau) der Bestandsleitung an den Konverter erforderlich ist (siehe Karte 5.2.1 Blatt 1 in Anhang A von Register 17),
- Ersatzneubauten (Mast-Nr. 1241 und 1239) im weiteren Trassenverlauf (siehe Karte 5.2.1 Blatt 3 in Anhang A von Register 17).

Beim Rückbau der Bestandsmasten (Nr. 241 und 239 der Bl. 4588) im Rahmen des Ersatzneubaus werden demgegenüber Flächen freigegeben und stehen insoweit, abhängig von ihrer Lage, einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zur Verfügung.

Die für dieses Vorhaben vorgesehene Umnutzung der bestehenden Höchstspannungsfreileitungen führt zwischen dem Pkt. Bauerbahn und der UA Gohrpunkt (Bl. 4206, Bl. 4570) nur zu geringen Veränderungen der Bestandssituation. Die Fundamente einzelner zu erhöhender Maste (Nr. 1052 der Bl. 4570 und Nr. 29 der Bl. 4206) werden verstärkt (siehe Karte 5.2.1 Blatt 7 in Anhang A von Register 17). Durch die Fundamentverstärkungen werden pro Mast ca. 4 m² Fläche dauerhaft neu beansprucht, da sich der Durchmesser der Fundamentköpfe je Mastestiel vergrößert.

Im Teilabschnitt zwischen UA Gohrpunkt und UA Rommerskirchen (Bl. 4207) erfordern schließlich die Mastneubauten von Mast 29A und 29B unmittelbar östlich der UA Rommerskirchen die Neuinanspruchnahme von landwirtschaftlichen Nutzflächen (siehe Karte 5.2.1 Blatt 17 in Anhang A von Register 17). Ebenfalls werden die Fundamente einzelner zu erhöhender Maste (Nr. 6, 7, 10, 13, 17, 21, 23) verstärkt (siehe Karte 5.2.1 Blatt 12 -15 in Anhang A von Register 17). Durch die Fundamentverstärkungen werden pro Mast ca. 3 – 4 m² Fläche dauerhaft neu beansprucht.

Dauerhafte und temporäre Flächeninanspruchnahme

Durch die Mastgevierte der Neubaumasten Nr. 1, 3 (Bl. 4688), 250A (Bl. 4588), 29A und 29B (Bl. 4207) sowie der Ersatzneubaumaste Nr. 1241 und 1239 (Bl. 4588) des Vorhabens wird eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1.294,5 m² dauerhaft in Anspruch genommen (vgl. Tabelle 1). Weitere Einschränkungen bei der Bewirtschaftung hinsichtlich der Näherung landwirtschaftlicher Maschinen an die Masten ergeben sich nicht.

Tabelle 1: Mastgevierte der Neubaumasten

Mast-Nr.	c-Maße der Masten* [m]	Mastgevierte [m ²]	Landwirtschaftliche Nutzung (Maststandort / Arbeitsfläche)
Bl. 4688			
1	14,00	196,00	ja
2	12,00	144,00	nein, nur Arbeitsfläche
3	10,00	100,00	ja
Bl. 4588			
250A	11,00	121,00	ja
1241	14,50	210,25	ja
1239	14,50	210,25	ja
Bl. 4207			
29A	12,00	144,00	ja
29B	13,00	169,00	ja

* c = Abstand der Außenkanten der sichtbaren Fundamentköpfe

Durch die Fundamentverstärkungen der zu erhöhenden Bestandsmasten Nr. 1052 (Bl. 4570), Nr. 29 (Bl. 4206) sowie Nr. 6, 7, 10, 13, 17, 21 und 23 (Bl. 4207) des Vorhabens wird eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von max. 30 m² dauerhaft in Anspruch genommen (vgl. Tabelle 2).

Weitere Einschränkungen bei der Bewirtschaftung hinsichtlich der Näherung landwirtschaftlicher Maschinen an die Masten ergeben sich nicht.

Tabelle 2: Dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch Fundamentverstärkungen

	Durchmesser der Rundköpfe [m]			
Mast-Nr.	Vorher	Nachher	Zusätzlich beanspruchte Fläche [gerundet, m²]	Landwirtschaftliche Nutzung in der Umgebung
BI. 4570				
1052	1,80	2,10	4	Ja
BI. 4206				
29	1,80	2,10	4	Ja
BI. 4207				
6	1,20	1,50	3	Ja
7	1,20	1,50	3	Ja
10	1,20	1,50	3	Ja
13	1,20	1,50	3	Ja
17	1,20	1,50	3	Ja
21	1,80	2,10	4	Ja
23	1,20	1,50	3	Ja

Durch den Rückbau der Bestandsmasten Nr. 241 und 239 der Bl. 4588 wird eine Fläche von ca. 220,5 m² frei, die wieder landwirtschaftlich nutzbar ist (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3: Mastgevierte der Rückbaumasten

Mast-Nr.	c-Maße der Masten* (m)	Mastgevierte (m²)	Landwirtschaftliche Nutzung in der Umgebung
Bl. 4588			
241	10,50	110,25	Ja
239	10,50	110,25	Ja

Für Arbeitsflächen und Zuwegungen werden ca. 13,2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche temporär während der Bauphase in Anspruch genommen. Weitere Einschränkungen bei der Bewirtschaftung hinsichtlich der Näherung landwirtschaftlicher Maschinen ergeben sich nicht.

Die dauerhafte Flächeninanspruchnahme für den Bau, Betrieb und Unterhaltung der Leitung wird auf den Grundstücken Dritter in der Regel über eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit (Leitungsrecht) i.S. von § 1090 Abs. 1 BGB gesichert. Die Vorhabenträgerin wird, soweit vorhandene

Dienstbarkeiten oder Gestattungsverträge für die geplanten Maßnahmen nicht ausreichen sollten, den Grundstückseigentümern der in Anspruch zu nehmenden Grundstücke gegen Bezahlung einer angemessenen Entschädigung den Abschluss einer Vereinbarung und Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit anbieten (vgl. Register 1, Kapitel 9.1.).

Die Vorhabenträgerin wird den Grundstückseigentümern und Nutzungsberechtigten der in Anspruch zu nehmenden Grundstücke den Abschluss einer schuldrechtlichen Vereinbarung für die zeitlich beschränkte Inanspruchnahme anbieten, sofern diese nicht bereits Bestandteil einer Dienstbarkeitsvereinbarung für die dauerhafte Sicherung sind.

Hinsichtlich der temporären Flächeninanspruchnahme erfolgt vor Baubeginn eine Begutachtung der für die Baumaßnahme in Anspruch zu nehmenden Flächen seitens Amprion, der ausführenden Baufirma und den betroffenen Bewirtschaftern der Flächen. Dieses Vorgehen dient der Beweissicherung und Information zu welchem Zeitpunkt die Flächen während der Baumaßnahme in Anspruch genommen werden und gleichzeitig der Klärung, ob bauseits mögliche Optimierungen für den Bewirtschafter möglich sind. Nach Abschluss der Baumaßnahme wird durch ein Flurschadensprotokoll dokumentiert, in welcher Art und Weise der entstandene Flurschaden reguliert wird. Entstandene Flur- und Wegeschäden werden nach Abschluss der Arbeiten bewertet und durch die Vorhabenträgerin behoben oder durch die Vorhabenträgerin entschädigt (vgl. Register 1, Kapitel 5.4.).

Somit wird für das Vorhaben insgesamt eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von ca. 1.324,5 m² dauerhaft in Anspruch genommen und damit aus der Nutzung genommen. Durch Rückbaumaßnahmen wird eine Fläche von ca. 220,5 m² wieder für die landwirtschaftliche Nutzung verfügbar gemacht. Damit bleibt eine Differenz von ca. 1.104 m² landwirtschaftlicher Fläche, die der landwirtschaftlichen Nutzung dauerhaft entzogen wird.

Die jeweilige Landnutzung an den Maststandorten, den Arbeitsflächen und Zuwegungen ist über die Biotoptypen in der Karte 5.2.1 in Anhang A von Register 17 dargestellt.

Maststandortwahl

Die Mastausteilung und Leitungsführung erfolgt als möglichst geradliniger Trassenverlauf unter Beachtung der technischen Regeln (vgl. Register 5.1 – Technische Regelwerke) und dem Grundsatz der Eingriffsminimierung unter Berücksichtigung aller Schutzgüter, vorliegender Nutzungs- und Grundstücksgrenzen und der topographischen Geländeverhältnisse. Die Planung neuer Maststandorte erfolgt soweit möglich an Wegen bzw. an oder auf Grundstücks- und Nutzungsgrenzen (vgl. Register 1, Kapitel 4.1 – Trassierungsgrundsätze).

Bl. 4688:

Für die Anbindung des Konverters an den Netzverknüpfungspunkt UA Osterath als Drehstromleitung ist die Errichtung von drei Masten mit den zugehörigen Spannungsfeldern erforderlich.

Neubaumast Nr. 1 und Nr. 2 liegen jeweils am Rand der gleichen Ackerparzelle, wobei der Standort von Mast Nr. 2 auf einem mit Gebüsch bepflanzten Randstreifen des Ackers liegt. Die Entfernung zum nächsten Bestandsweg beträgt jeweils ca. 30 m. Die beanspruchte Ackerfläche grenzt unmittelbar an die Umspannanlage (UA) Osterath im Norden und Westen an. Entsprechend der Nähe zur UA Osterath befinden sich im Bestand bereits drei Masten auf dem betroffenen Flurstück, deren Leitungen an Portale der UA anbinden.

Der Standort des Neubaumastes Nr. 3 befindet sich auf einer als Grünland kartierten Fläche. Die Entfernung zum nächsten Bestandsweg beträgt ca. 75 m.

Die drei Neubaumasten wurden unter Berücksichtigung vorgenannter Maßnahmen zur Standortwahl geplant.

Bl. 4588:

Zwischen den Masten Nr. 251 und Nr. 250 wird in bestehender Trasse der Neubaumast Nr. 250A errichtet. Von diesem Mast wird bis zum Portal P007 des Konverters Meerbusch ein neues Spannungsfeld errichtet. Neubaumast Nr. 250A befindet sich auf einer als Grünland kartierten Fläche. Die Entfernung zum nächsten Bestandsweg beträgt ca. 115 m. Der Neubaumast wurde unter Berücksichtigung vorgenannter Maßnahmen zur Standortwahl geplant.

Bei dem Ersatzneubau Nr. 1241/241 (Planung/Bestand) wird der Maststandort auf der betroffenen landwirtschaftlichen Fläche verlegt. Ersatzneubaumast Nr. 1241 ist näher als der Bestandsmast (241) am Süden des betroffenen Ackers in Richtung der Straße "Lange Hecke" geplant (siehe Karte 5.2.1 Blatt 3 in Anhang A von Register 17). Durch die Verlegung des Masts kann mittels kürzerer Zufahrt die Nutzungseinschränkung bei der Bewirtschaftung der betroffenen landwirtschaftlichen Fläche minimiert werden.

Bei dem Ersatzneubau Nr. 1239/239 (Planung/Bestand) liegt Mast Nr. 239 am Süden eines Ackers. Um den rückzubauenden Mast hat sich ein Gehölzgürtel gebildet, der an das südliche Gewerbegebiet angrenzt. Mast Nr. 1239 ist 25 m nördlich von Mast Nr. 239 geplant und führt entsprechend der verlängerten Zufahrt zu einer Erhöhung der Nutzungsbeschränkung der betroffenen landwirtschaftlichen Nutzfläche (siehe Karte 5.2.1 Blatt 3 in Anhang A von Register 17). Durch den Rückbau von Mast Nr. 239 wird es ermöglicht, die Fläche des südlichen Gehölzstreifens von ca. 15 – 20 m wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.

Die beiden Ersatzneubaumasten wurden unter Berücksichtigung vorgenannter Maßnahmen zur Standortwahl geplant.

Bl. 4207:

Die Standorte der Neubaumaste Nr. 29A und Nr. 29B befinden sich jeweils am Rand einer Ackerfläche in unmittelbarer Nähe zur UA Rommerskirchen im Westen und einem Windpark im Osten. Die Entfernung zum nächsten Bestandsweg beträgt ca. 90 m (29A) bzw. 50 m (29B). Mast Nr. 29B liegt auf einem Flurstück, auf dem bereits vier Bestandsmasten stehen. Die Maste Nr. 29A und Nr. 29B dienen der Umgehung der UA Rommerskirchen und führen folglich an ihrem östlichen Rand entlang. Aufgrund von Mindestabständen, die zu den Windkraftanlagen einzuhalten sind (vgl. Register 24, Kapitel 1.4), bestehen keine Möglichkeiten den Standort näher an die bestehenden Wege zu legen, um mittels kürzerer Zufahrten die Nutzungseinschränkungen weiter zu verringern. Die beiden Neubaumasten wurden unter Berücksichtigung vorgenannter Maßnahmen zur Standortwahl geplant.

Mindest-Bodenabstände

Hinsichtlich der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen und des sicheren Betriebs landwirtschaftlicher Maschinen kann festgehalten werden, dass diese aufgrund des gemäß DIN VDE 0210 (vgl. Register 1, Kapitel 5.1) minimalen Bodenabstandes der Leiterseile von 7,8 m über Erdoberkante ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Bei der Betrachtung der zu erwartenden Größen von landwirtschaftlichen Maschinen ist davon auszugehen, dass diese i. d. R. kleiner als

4 m sind. Eine landwirtschaftliche Nutzung von Acker und Grünland innerhalb des Schutzstreifens ist somit weiterhin möglich. Erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft können damit ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich der Nutzung von Zuwegungen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen kann festgehalten werden, dass diese aufgrund des gemäß DIN VDE 0210 (vgl. Register 1, Kapitel 5.1) minimalen Bodenabstandes der Leiterseile von 8,8 m über befestigten Wegen ohne wesentliche Einschränkungen gewährleistet ist. Im Falle unbefestigter Zuwegungen zu landwirtschaftlich genutzten Flächen wird gemäß DIN VDE 0210 ein minimaler Bodenabstand der Leiterseile von 7,8 m über diesen gewährleistet. Bei der Betrachtung der zu erwartenden Größen von landwirtschaftlichen Maschinen ist davon auszugehen, dass diese i. d. R. kleiner als 4 m sind. Eine Nutzung von Zuwegungen innerhalb des Schutzstreifens ist somit weiterhin möglich. Erhebliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft können damit ausgeschlossen werden.

3. Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Gemäß § 10 BKompV i. V. m. § 15 Abs. 3 BNatSchG ist bei der Inanspruchnahme von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen (vgl. Kap. 7.4 in Reg. 18). So sind insbesondere für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur im notwendigen Umfang in Anspruch zu nehmen.

Es ist gemäß § 15 Abs. 3 BNatSchG vorrangig zu prüfen, ob Ausgleich und Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsiegelung, Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden können, um möglichst zu vermeiden, dass Flächen aus der Nutzung genommen werden.

Nach Ermittlung des Kompensationsbedarfs wurde vorrangig eine Maßnahme / Maßnahmenfläche ausgewählt, bei der keine landwirtschaftliche Fläche dauerhaft aus der Nutzung genommen wird. Maßnahme A01 befindet sich zwar auf landwirtschaftlicher Fläche, kann aber mit dem Ziel „Entwicklung einer artenreichen, frischen Mähwiese“ weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Darüber hinaus wurden die Acker- und Grünlandzahlen berücksichtigt und eine Fläche gewählt, die eine im Vergleich geringe Ackerzahl (Bodenzahl 062 / Ackerzahl 066) aufweist.